



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Umsetzung der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont die Bedeutung des kontinuierlichen Dialogs im Rahmen der parlamentarischen Konferenzen für eine friedliche Entwicklung in der Ostseeregion.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag befürwortet die Beratungen und Ergebnisse der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock. Er stimmt der Resolution zu und bittet die Landesregierung, diese im Bereich ihrer Zuständigkeit umzusetzen.

Die einvernehmlich beschlossene Resolution

- betont die Bedeutung der Ostseezusammenarbeit für eine friedliche Nachbarschaft, auch vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine.
- formuliert das Ziel, die Ostseeregion zu einer Modellregion mit gleichberechtigtem Zugang zur Gesundheitsfürsorge für alle Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.
- hebt die Wichtigkeit von grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Sozial- und Gesundheitswesen hervor, die dazu führen soll, dass die Gesundheitsversorgung ausgeweitet und verstärkt und eine grenzüberschreitende Notfallversorgung ausgebaut wird.

- sieht die Bekämpfung einer Antibiotika-Resistenz als eine der wichtigsten weltweiten Herausforderungen im Gesundheitswesen an. Nationale und globale Aktionspläne zur Verhinderung der Antibiotika-Resistenz sollen unterstützt und wo nötig geschärft werden.

Dazu gehört auch, die Verwendung von Antibiotika generell und insbesondere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

- empfiehlt regelmäßige Analysen und Berichte über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Auftrag zu geben, um Gesundheitssysteme zu vergleichen, künftige Herausforderungen zu erkennen, und Schwerpunkte für ihre gemeinsame Bearbeitung zu setzen.

- legt Wert auf die Unterstützung und Umsetzung von Innovationen im Gesundheitsbereich, wie beispielsweise eHealth-Strategien, und in der Gesundheitsversorgung, speziell auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in medizinischen Berufen und Pflegeberufen, um die Abwanderung von Fachkräften zu verhindern.

- sieht die Notwendigkeit zur Erarbeitung von gemeinsamen Strategien zur Gesundheitsprävention, wie Impfprogramme, wirksame Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums von Tabak, Alkohol oder Drogen, sowie die Aufklärung über eine gesunde Lebensweise.

- erhebt den Anspruch, Chancenungleichheiten zwischen verschiedenen Altersstufen, dem ländlichen und städtischen Raum oder den Geschlechtern, aktiv entgegen zu wirken und Patientenrechte durch Gesetze festzuschreiben und einzuhalten.

- betont angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation den Anspruch, Flüchtlingen eine humanitäre Behandlung in Bezug auf deren Unterbringung und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Der Landtag ist im Rahmen des nächsten Ostseeberichtes der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Resolution in Schleswig-Holstein zu informieren.

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voß Angelika Beer
und Fraktion und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW